Jahrgang 1 Nr. 23
Sonnabend, 7. Juni 1947

DER SPIEGEL

DEUTSCHLAND

Das Bi-Mäuslein

Karlshorst leicht beruhigt

Die Bombe, deren Zündschnur Bevin und Marshall nach der Moskauer Konferenz in Brand setzten, ist geplatzt. Mit matter Detonation und vielfältigem Echo.

Die Meldung über das Zweizonenabkommen zur Bildung eines deutschen Wirtschaftsrates wurde mit erheblichem propagandistischem Aufwand angekündigt, die Bekanntgabe zweimal verschoben (wegen Schwierigkeiten bei der Uebersetzung, sagte General Robertson).

Das russische Echo auf die mit Spannung weckender Verzögerung publizierte Sondermeldung aus dem Hauptquartier war, wie der „News Chronicle"-Korrespondent im SMA-Hauptquartier Karlshorst festgestellt haben will, ein Seufzer der Erleichterung. Die Russen „hätten etwas viel Einschneidenderes erwartet — vielleicht einschließlich der Bildung eines Westblocks".

„Offiziöse Berge kreißten, und weniger als ein Mäuslein ward geboren", schrieb der SED-Pressedienst. Amerikanische Stimmen verkündeten, das Abkommen sei zwar ein Schritt auf dem Wege der Verbesserung deutscher Wirtschaftsverhältnisse, aber kein großer. „Manchester Guardian" spricht von einer überkomplizierten Verwaltungsmaschine, die auf unsicherer verfassungspolitischer Grundlage entstanden ist.

Der Zweizonen-Säugling wird in der Wiege des Kompromisses geschaukelt. Die Amerikaner bestanden auf Sicherung ihres Föderativsystems, das „den Länderregierungen ihrer Zonen überspitzte Ideen von ihrer eigenen Hoheit zu entwickeln erlaubt". In England liebäugelte man mit dem wirtschaftlichen Zentralismus.

Dagegen ist ein verstärkter politischer Zusammenschluß der beiden Zonen nicht zu verzeichnen, wenngleich, wie der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Keating, erklärte, eine Vereinigung der beiden Zonen nicht ohne eine gewisse politische Angleichung durchgeführt werden kann.

Den Berliner Clay-Robertson-Besprechungen waren Verhandlungen in Washington parallel gelaufen. Dabei hatten nach Meldung des „Daily Telegraph"-Korrespondenten die Amerikaner das Ziel verfolgt, „die wirtschaftliche Vereinigung in eine Art von politischer Vereinigung auf der Grundlage einer Bundesregierung in deutschen Händen" zu verwandeln. Etwa in demselben Stadium der Verhandlungen wurde General Robertson von einem Journalisten gefragt, ob die Gründung eines westdeutschen Staates geplant sei. Nein, wurde ihm geantwortet, ein solcher Gedanke sei der Politik der britischen Regierung direkt entgegengesetzt.

General Clay tat allerdings hinterher so, als sei er auch von den Amerikanern gar nicht angestrebt worden. „Im Interesse der deutschen Einheit."

Russisch orientierte Stimmen sprechen von einer endgültigen Spaltung Deutschlands durch den „wirtschaftlichen Föderalismus des Abkommens" Es stärke die Macht der Konzernherren.

Den Franzosen ist das Abkommen nicht föderalistisch genug. Im übrigen finden französische Kommentatoren — ähnlich wie deutsche Wirtschaftsautoritäten — die Definitionen des Abkommens unklar und versuchen, Unstimmigkeiten aus dem Text herauszulesen. Sie konstatieren außerdem eine Vorbelastung der Herbstkonferenz der Besatzungsmächte in London.

Ein dicker Balken im Auge der Franzosen ist die Befürchtung, daß das Abkommen sich als Keimzelle einer kommenden deutschen Reichsverfassung entpuppen könnte.

Die britisch-offiziöse „Welt" in Hamburg dagegen sieht in einem überaus warmherzigen Leitartikel ein besonderes Plus darin, daß die neue Verordnung „jederzeit mit nur unbedeutenden Aenderungen als Teil einer kommenden deutschen Verfassung übernommen werden könnte."

Schweigen muß Grotewohl in der Briten-Zone

Im Geiste mit

Grüße von der Autobahn

Eine Hafenrundfahrt gehört zu einem Besuch in Bremen wie Grotewohl zu Pieck. Pieck & Grotewohl gönnte man sie nicht. Als ein Boot, mit den Vätern der Einheit an Bord, den Kai verließ, wurde es von fünf Polizeikreuzern gestoppt und mußte umkehren

Immerhin war Pieck & Grotewohl im amerikanisch besetzten Stadtstaat erlaubt worden, im Bürgerpark zum Thema „Was wird aus Deutschland?" zu verkünden, die deutsche Arbeiterklasse sei nun reif, ihren Kampf in einer einzigen sozialistischen Partei fortzuführen.

Im britisch besetzten Hannover dagegen durften sie nicht einmal die Stadt betreten, geschweige denn zu den dort zum „Parteitag für die sozialistische Einheit" versammelten KPD-Genossen sprechen. Sie standen nur zu nächtlicher Stunde ein Weilchen an der Autobahn in der Nähe der Stadt und ließen dem Parteitag durch Kurt Müller ihre Grüße übermitteln

„Man hat unsere Genossen behandelt wie Aussätzige!" donnerte dieser in den Beethovensaal der Stadthalle. „Pfui!" rief das mehrere hundert Köpfe starke Auditorium, und ein Zwischenrufer äußerte vernehmlich: „Die (gemeint: die Engländer) hören lieber das Kaspergesicht!" (gemeint: Kurt Schumacher von der sozialistischen Bruderzwistpartei).

Die Berliner SED-Vorsitzenden unternahmen ihre Propaganda-Reise auch diesmal wieder in Erfüllung des Versprechens, das sie sich auf dem Vereinigungskongreß gegeben hatten: über Deutschland die Herrschaft der Arbeiterklasse aufzurichten. Damals war es auch, daß der greise Wilhelm Pieck behäbig lächelnd den Wanderstab in Empfang nahm, den der alte Bebel sich zu seinen Pilgerreisen durch Deutschland mit eigener Hand gedrechselt hatte (siehe Umschlag).

Auch den angekündigten Einheitskämpfern Ulbricht und Fechner hatten die Briten nicht erlaubt, in Hannover zu sprechen. Und selbst das Abspielen einer Grammophonaufnahme ihrer Einigungsrede war verboten worden, denn der Zivilgouverneur hatte bereits vor dem Parteitag erklärt, daß die Genehmigung zur Gründung der SED in Niedersachsen nicht erteilt werde. „Aber im Geiste sind sie doch mit uns!" wurde unter Beifall verkündet.

„Sozialisten wollen nicht nur kritisieren, sie wollen es besser machen", stand auf einem der Spruchbänder, die den Beethovensaal mit leuchtendem Einheitsrot schmückten. Man kritisierte. Kurt Müller, der zweite Zonenvorsitzende, vor allem. Dem „Eldorado für Militaristen und Reaktionäre" der Westzonen hielt er den „fortschrittsfreudigen Osten" entgegen. „Die Engländer mögen uns Kommunisten nicht", sagte er.

Im Saal war es drückend heiß. Müller ließ sich Zeit. Das Präsidium auf der Bühne verteilte deshalb während seiner Rede Bierflaschen und biß kräftig ins Butterbrot.

Wenn Müller Seitenhiebe gegen die Engländer austeilte, sogen die Raucher erreg-

ter an ihren Navy Cut. Nur wenige Teilnehmer schliefen bei der Rede des in Hemdsärmeln sprechenden Müller. Bei der politischen Diskussion im zweiten Teil des Parteitages einige mehr.

Die übrigen aber waren aufmerksam genug bei der Sache, um einen vom Debatten-Thema „Sozialistische Einheit" abschweifenden Redner vernehmlich von der Tribüne herunterzurufen. Nach mehrfachen Unmutsäußerungen mußte er abtreten, ohne den begonnenen Satz „In diesem Sinne fordern wir . . ." vollenden zu können.

In Hannover wurde verkündet, daß man im Kampf um die Einheit „nicht stur an der Demokratie festhalten", sondern „gegebenenfalls mit revolutionären Mitteln antworten" würde, wenn der Gegner dazu zwinge. Auf dem Hamburger Parteitag der norddeutschen KPD dagegen setzte sich Max Reimann vom Gedanken der proletarischen Diktatur ab. Sie sei kein unerläßliches Zwischenstadium auf dem Wege zum Sozialismus.

Zum Hamburger Parteitag hatten sich in den Harvestehuder Lichtspielen neben 600 Kommunisten 200 Vertreter der SPD und 100 Parteilose eingefunden. Auf dem eigens hergerichteten Parkplatz standen nur wenige Wagen. Die Teilnehmer kamen zu Fuß oder mit der Trambahn. Gustav Gundelach, Vorsitzender der KPD Wasserkante, entstieg am Eppendorfer Baum der Hochbahn.

Max Reimanns Thema war neben der sozialistischen Einheit vor allem die Bodenreform. Er machte dem kommunistischen Rochus über die britischen Landverteilungspläne Luft und bezeichnete die Westzonen als den Treffpunkt der im Osten enteigneten Kriegsverbrecher.

Reimann mußte nach dem Parteitag ins Ruhrgebiet zurück, um sich bei Gouverneur Asbury einen Verweis zu holen. „Eine ähnliche oder noch strengere Verwarnung wie der Gewerkschaftssekretär Hoffmann", weiß die „Times" zu berichten. Letzterer hatte geäußert, die Engländer hätten den Deutschen nur leere Versprechungen gemacht.

Nach Canossa

Für Deutschland

Vom dunklen Anzug mit steifem Kragen bis zu weit offenen Sommerhemden und Shorts sah man alles bei der 2. Deutschland-Tagung der „Jungen Union" in Berlin, nur keine Uniformen.

Die „Junge Union" umfaßt alle Mitglieder der CDU und CSU bis zum 40. Lebensjahr. Deshalb erblickte man neben Knabengesichtern auch stattliche Backenbärte. Die christlichen Nachwuchsdemokraten sollen in der Jungen Union politisch geschult und aktiviert werden. Sie soll das junge revolutionäre Blut in der Partei sein, dessen kühne Pläne von der älteren Generation dann auf ein weises Maß zurückgeführt werden.

Nach einer ersten, Zonengrenzen überwindenden Tagung in Königsstein im Januar dieses Jahres fanden jetzt über 50 Delegierte aller Zonen mit den üblichen Reiseschwierigkeiten an das Spreeufer. Die Delegierten der französischen Besatzungszone erhielten keine offizielle Ausreisegenehmigung, aber zufällig mußten die leitenden Köpfe der dortigen Jungen Union dringend geschäftlich nach Berlin fahren.

Vier Tage lang konferierte man in den nahrhaften Räumen von F. W. Borchardt in der Friedrichstraße. Der erste Tag stand im Zeichen der üblichen Begrüßungsansprachen. Dr. Walter Schreiber, der

Unions-Gast aus Bayern
Franz Xaver Butterhofer

rechte Flügelmann der Berliner CDU, der seinerzeit Kurt Landsberg als ersten Vorsitzenden für Berlin ablöste, hielt mit einem heimlichen Seitenblick auf Bi-Frankfurt eine Berliner Ansprache.

Berlin selbst sei schon immer die Verkörperung des deutschen Einheitsgedankens gewesen, da hier Menschen aus allen Gauen zusammenströmen, um gemeinsam zu leben und zu arbeiten. Auch Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg, der Verfasser des Werkes „Die Weimarer Republik" blickte mit leichten Sorgenfalten mainwärts.

Auf der Tagesordnung standen drei Hauptthemen: „Der neue Staatsaufbau", „Die geistige Situation unserer Zeit" und „Die wirtschaftliche und soziale Neuordnung Deutschlands". In der Diskussion über staatsrechtliche Fragen zeigte sich die Skepsis der jungen Menschen gegen die Uebergabe von Machtbefugnissen in die Hand des Staates. Der Staat müsse so viel Macht haben wie nötig, aber so wenig wie nur irgend möglich. Eifrig und mit jugendlichem Elan wurde die Form des föderativen Staatsaufbaues besprochen. Man einigte sich, einen deutschen Bundesstaat zu fördern.

Auf einem Empfang der US-Militärregierung hatten die Delegierten ausgiebig Gelegenheit, Botschafter Murphy, den politischen Berater General Clays, auszufragen. Die sowjetische Militärverwaltung lud in das Haus der Sowjetkultur ein und führte ihnen den Farbfilm „Die steinerne Blume" vor.

Nach vier Tagen kamen die Tagungsteilnehmer aus den Beratungszimmern wieder an das Licht der Oeffentlichkeit. Trotz der lähmenden Sonnenglut war die „taberna academica" vollbesetzt, als der Mann erschien, auf dessen Rede alle mit gespannter Aufmerksamkeit warteten: Jakob Kaiser.

Gerade aufgerichtet und guter Laune stand der ehemalige Buchbinder aus Frankfurt am Rednerpult und sprach langsam und ohne rhetorische Effekthascherei. Er fischte nicht nach Beifall, sondern wehrte gemessen ab, wenn Zustimmungsgeräusche aufbrandeten. Er forderte Toleranz für das Leben der Völker untereinander und besprach die deutschen Probleme aus der Perspektive der CDU.

Er brach eine Lanze für Berlin. Auf den Vorwurf, die CDU in der Ostzone sei nicht frei in ihren Entschlüssen, ging Kaiser nicht ausführlich ein, sprach aber von einem bestimmten Beeinflussungswillen der Besatzungsmächte in ihren Zonen.

„Wir Deutschen brauchen kein Hehl daraus zu machen, daß wir in allem mehr nach dem Westen neigen. Wie wir auch kein Hehl daraus machen, daß wir die politische und soziale Lebensform Rußlands für Deutschland verneinen!"

Die Hände in die Seiten gestützt, bekannte Kaiser, dem Ausgleich zwischen Ost und West zu dienen sei die deutsche Aufgabe, denn dieser Ausgleich sei bitter nötig. Etwas verbittert klang seine Stimme, als er auf das Scheitern der hannoverschen Verhandlungen über eine „Nationale Repräsentation" durch die deutschen Parteien zu sprechen kam. Die CDU verstehe nicht, wie man aus parteipolitischer Strategie die Stunde des Handelns für das deutsche Volk verpassen könne. Mit der Aufforderung, sich selbstlos für die Ziele der Union einzusetzen, schloß Jakob Kaiser.

Als darauf ein junger Delegierter das Gelöbnis aussprach: „Wir werden seine Ausführungen befolgen", klang deutlich vernehmbar durch den Saal: „Nee, nee, nee." Aber das war ein Rundfunkreporter, der Regieanweisungen gab.

Mit einem herzlichen „Grüß Gott!" begann der Bayer Franz Xaver Butterhofer seine Rede. Er zitierte Dr. Joseph Müller, den bayrischen CSU-Vorsitzenden, der bei seinem Berliner Aufenthalt zu der Jungen Union gesagt hatte: „Wenn es um Deutschland geht, dann tun wir auch einen Gang nach Canossa!" Dr. Bruno Six aus dem Lande der Dome und Schlote forderte die Wiederaufrichtung echter Ritter- und Mannestugenden in der Jungen Union.

Auch Peter Lorenz, der Berliner Leiter, hatte es mit den Rittern. Die Junge Union stehe mit offenem Visier, sie habe nichts zu verbergen. Sie fordere Sicherheit des Lebens: daß Jugendliche nur verhaftet und verurteilt werden könnten, wenn ordentliche Anklage auf gesetzlicher Grundlage erhoben werde.

Grünes Herz bleibt rot

Kritik der Unvernunft

Der thüringische Landtag in Weimar erfuhr von der seit längerem angekündigten Regierungsumbildung. Innenminister Ernst Busse (SED) wird durch den SED-Vorsitzenden von Thüringen, Werner Eggerath, ersetzt, SED-Volksbildungsminister Professor Dr. h. c. Walter Wolf durch die aus Berlin berufene Rheinländerin Dr. Margarete Thorhorst (SED). Das grüne Herz Deutschlands schlägt weiter rot.

Ernst Busse, der bisherige Innenminister, machte sich besonders im November 1946 auf einer Sitzung des Landesvorstandes der SED bemerkbar, als er den unmittelbar bevorstehenden Staatsbankerott Thüringens prophezeite. Als Begründung führte er die vierteljährlichen Reparationslasten von 72 bzw. 102 Millionen Mark, die Demontage wichtiger Industrieanlagen und die Uebernahme der übrigen Fabriken durch sowjetische Gesellschaften an.

Der neue Innenminister, Werner Eggerath, mußte bereits für einige Zeit den infolge heftiger Polemiken erkrankten Ministerpräsidenten, Professor Dr. Paul, vertreten. Die Landtagsabgeordneten waren mit der eigenwilligen Regierungstaktik ihres Ministerpräsidenten nicht einverstanden. Dr. Paul legte sich daraufhin ins Bett und machte später eine Kur in Wiesbaden. Jedoch erfreut er sich besonderer